

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Debatte Programmdekret 22/12/2025: Lydia Klinkenberg

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Ja: Sparen tut weh – allen voran in meinen Zuständigkeiten, die den Bürger sehr direkt betreffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie über das Patentrezept verfügen, wie man spart ohne einen Cent einzusparen, dann gerne her mit den Vorschlägen. Ich bin da sehr offen. In den letzten Wochen habe ich aber leider nur Vorschläge gehört, wie man mehr Geld ausgegeben könnte. Die Opposition ist offensichtlich stets bemüht, die verantwortungsvolle Haushaltspolitik der Mehrheit zu kritisieren – ist ja auch Ihre Rolle - ohne aber realpolitische Gegenvorschläge zu machen, wo man das Geld denn weg nehmen sollte. Mehr als Homöopathisches habe ich den letzten Wochen nicht vernehmen können. Aber natürlich hätten auch wir sehr gerne auf Sparmaßnahmen verzichtet.

Wir als Mehrheit haben uns jedenfalls bewusst dafür entschieden - obwohl es unpopulär ist - zu Gunsten all der vielen wichtigen Dienstleistungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vorwiegend auf Erhöhungen zu verzichten. Wir verzichten auf Erhöhungen, weil es der einzige Weg ist, und das möchte ich noch einmal klar und deutlich sagen, Personalentlassungen und den Wegfall wichtiger Dienstleistungen (beispielsweise im nicht-kommerziellen Sektor) zu vermeiden – den sozialen Kahlschlag also, so wie es beispielsweise in der Kinderbetreuung bei unseren französischsprachigen Nachbarn im Raum steht - und Bedarfe im Rahmen unserer Handlungsmöglichkeiten zu erfüllen. Und für diese verantwortungsvolle Haushaltspolitik hat der Wähler uns nun mal seine Stimme gegeben.

Familienleistungen

Das Kindergeld ist vorwiegend ein Instrument der Familienförderung und reiht sich als solches in unsere Familienpolitik ein, ist also als Teil eines Ganzen zu betrachten!

Gerne rufe ich noch mal in Erinnerung, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Basiskindergeld im Vergleich zum Jahr 2019 um 20 % erhöht hat. Bei Einführung des neuen Systems der Familienleistungen im Januar 2019 betrug das Basiskindergeld 157 Euro pro Monat. Seit Juli 2024 beträgt das Basiskindergeld 188,89 Euro. Sie werden mir sicher zustimmen, dass das ein beachtlicher Anstieg ist.

Die Familienleistungen würden aber – ohne ein Aussetzen der Indexierung in den Jahren 2025 bis 2027 und ohne eine Verschiebung des Zeitpunkts der Neuberechnung von Juli auf September nach flämischem Modell - bis 2029 um weitere 10 Millionen Euro ansteigen. Außerdem wird die Anzahl Personen mit Anrecht auf erhöhtes Kindergeld mit der Reform

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

des Arbeitslosengeldes steigen. Ich sage es immer wieder: Das kann sich die Deutschsprachige Gemeinschaft derzeit einfach nicht leisten. Deshalb sind finanzpolitische Maßnahmen notwendig, ohne dabei selbstverständlich die Familien einer nicht zumutbaren Belastung auszusetzen. Denn – wie die CSC korrekterweise sagt – schließen sich soziale Verantwortung und Haushaltsdisziplin nicht gegenseitig aus.

Den Staatsrat haben wir selbstverständlich um integrale Begutachtung gebeten, Herr Jerusalem. Das müssen Sie überlesen haben, fürchte ich. Ihre Behauptung, wir hätten den Staatsrat umgangen, ist jedenfalls nicht korrekt.

Um gerade einkommensschwächere Familien und solche mit größeren Belastungen besonders zu unterstützen, haben wir zudem erst im letzten Jahr – das wissen Sie – alle Zuschläge zu den Familienzulagen um 3 Euro monatlich erhöht.

Und ja: Ich habe am 21. November auf der CSC-Kundgebung gesagt: „Wenn die haushaltspolitische Situation es zulässt, werden wir das Geld zurückgeben.“ Und dann kam eine wichtige Ergänzung, die Sie nicht genannt haben, Frau Stiel! „Zum jetzigen Zeitpunkt können wir es aber nicht in Aussicht stellen“.

Ich sage es immer wieder: Trotz Sparmaßnahmen verfügen wir nach wie vor über das sozial gerechteste Kindergeldsystem in Belgien. Und das soll aus gutem Grund auch so bleiben!

Wie Sie ebenfalls wissen, wollen wir den Jahreszuschlag zum Kindergeld von 62,55 Euro pro Jahr noch ein letztes Mal auszahlen. In den nächsten Tagen wird diesbezüglich ein Artikel auf ostbelgienfamilie.be und ein Presstext erscheinen.

Die Regierung ist weiterhin der festen Überzeugung, dass dieses Geld sehr viel nachhaltiger wirkt, wenn es direkt in die Bildungsgerechtigkeit in unseren Schulen fließt, zumal in den letzten Jahren sehr Vieles getan wurde, was die Streichung des Jahreszuschlags um ein Vielfaches kompensiert, eben um die Eltern finanziell zu entlasten.

Im Grunde geben Sie uns zu 100% recht, Herr Klinkenberg, wenn Sie sagen, dass Bildungskosten für Eltern strukturell sind. Genau deshalb wollen wir das Geld in die Reduzierung der Schulbesuchskosten investieren, damit Bildung eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Das müsste der SP-Fraktion doch eigentlich gefallen.

Allein die familienförderlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Schulbesuchskosten, die in meiner Amtszeit als Bildungsministerin ergriffen wurden – die kostenlose Zurverfügungstellung von Laptops, die Reduzierung des Kindergartenalters oder die sozial gerechten Tarife in der Kinderbetreuung sowie der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze hin zum europäischen Spitzenreiterniveau – kompensieren die Streichung des Jahreszuschlags um ein Vielfaches und wirken auf wesentlich nachhaltigere Weise, indem sie die Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern.

Sie wissen aus der Haushaltsdebatte: Minister Franssen und ich werden Ihnen in Kürze einen Vorschlag zur Reduzierung der Schulbesuchskosten unterbreiten. Bei der Streichung des

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Jahreszuschlags ab dem nächsten Jahr handelt es sich also keineswegs um eine Sparmaßnahme!

Wohnungswesen

Das Ziel der Regierung im Wohnungswesen bleibt ebenfalls klar, Herr Klinkenberg: möglichst vielen Menschen in Ostbelgien Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu verschaffen. Der Weg dorthin führt vor allem über nachhaltige Investitionen in Neubau, Sanierung, Energieeffizienz und innovative Modelle, die langfristig wirken.

Für Mieterinnen und Mieter einer ÖWOB-Wohnung gab es bisher eine Unterstützung für kinderreiche Familien. Diese soll nun entfallen. Das ist korrekt, Herr Klinkenberg. Zur Wahrheit dazu gehört aber auch, dass ÖWOB-Mieter bereits eine Miete zahlen, die einem Sozialtarif entspricht und weit unter dem Mietmarktpreis liegt. Sie sollten daher auch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme bewerten, liebe Kollegen der SP!

Dass bereits ein Grossteil der Bestimmungen des Wohnungsbaudekretes in Kraft getreten ist und wir gemeinsam mit der ÖWOB an den weiteren Ausführungserlassen arbeiten, habe ich schon zur Genüge wiederholt und werde ich daher an dieser Stelle nicht erneut kommentieren.

Soziale Treffpunkte

Die neue Basisbezuschussung der sozialen Treffpunkte von 85.000 Euro bedeutet für alle Seiten Bürokratieabbau und größere Gestaltungsfreiheit, da die Treffpunkte die pauschalen Mittel nicht mehr im Detail belegen müssen. Auf begründeten Antrag der sozialen Treffpunkte und der Gemeinde oder ÖSHZ hin können künftig außerdem Treffpunkte in Gemeinden ab 15.000 Einwohnern einen Basiszuschuss von 100.000 EUR erhalten – also 15.000 Euro zusätzlich, insofern sich die jeweiligen Gemeinden oder ÖSHZ bereit erklären, ihre Beteiligung am sozialen Treffpunkt von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen. Schließlich kennen die Gemeinden ihre lokalen Bedarfe am besten.

Wie Sie auf die Idee kommen, dass es eine Sparmaßnahme ist, wenn wir den sozialen Treffpunkten mehr Geld zur Verfügung stellen, erschließt sich mir so gar nicht, Herr Jerusalem. Das müssten Sie mir bitte noch mal erklären.

Durch die Schaffung der Möglichkeit des Ausbaus der Aktivitäten der beiden Eupener sozialen Treffpunkte und der möglichen Zusammenarbeit von kleineren Gemeinden zur Beteiligung an einem sozialen Treffpunkt bieten sich hier ganz neue Chancen. Beispielsweise für den Ausbau von Konversationskursen für Menschen mit Migrationshintergrund als Ergänzung zum Integrationsparcours.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Vivant den Mehrwert der Arbeit der sozialen Treffpunkte für den sozialen Zusammenhalt nicht erkennt. Das ist bedauerlich, reiht sich aber in das ein, was wir regelmäßig von Vivant hören.

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Senioren

Auch wenn die Beratung von Seniorinnen und Senioren von Seiten der Orientierer der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben selbstverständlich weiterhin aufrecht erhalten bleibt, schaffen wir die Beratungsbescheinigung ab, da sie lediglich bürokratischen und personellen Aufwand bedeutet, wie Frau Stiel bereits anmerkte, aber wenig Mehrwert für den Senior selbst oder die betroffenen Einrichtungen bietet.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die teilweise sehr konstruktiven Stellungnahmen und übergebe damit an meine Kollegen der Regierung.

Vielen Dank!